

## Martin Korol: Meine (ungehaltene) Rede auf dem Bezirkstag der GEW Bremen, 04.02.2014. Samt Vorbemerkung und Nachwort

Am 04. Februar 2014 fand im DGB-Gebäude von 9.15-16.00 Uhr ein „Gewerkschaftstag“ der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ (GEW) zum Thema „Ist das eigentlich Inklusion?“ statt.

Ich war als (Ersatz-)Delegierter für die Gruppe der „Senioren in der GEW“ dazu eingeladen.

Die Veranstaltung sollte lt. der Einladung beginnen mit dem Tagesordnungspunkt (TOP) 1: „9.15 Uhr: Begrüßung, Antragsberatung GT 1/2014“.

Der Antrag „GT 1/2014“ lautete:

- 1 *Gegen Diskriminierung Antragsteller: GLV [Gesamt-Landesvorstand]*
- 2 *Der Landesvorstand hat in seiner Sitzung am 16.01.2014 festgestellt:*
- 3 *„Rassistische Aussagen sind gewerkschaftsschädigend, denn sie schwächen den*
- 4 *Zusammenhalt der Beschäftigten und ihrer Organisation.“*
- 5 *Außerdem hat das Gremium die Planungen für einen ganztägigen Fachtag einstimmig*
- 6 *unterstützt.*
- 7 *Der Bremische Gewerkschaftstag unterstützt weiterhin die Bemühungen des*
- 8 *Landesvorstandes, im Kampf gegen jegliche Diskriminierung, Rassismus, Antiziganismus<sup>1</sup>,*
- 9 *Antisemitismus, Homo-/Trans\*phobie und Sexismus nicht nachzulassen.*
- 10 *Insbesondere sieht er eine Mitgliedschaft in rechtspopulistischen oder rechtsextremen*
- 11 *Parteien wie BiW, NPD, AfD und weiteren als inhaltlichen Konflikt mit den Zielen unserer*
- 12 *Bildungsgewerkschaft und als Widerspruch zu den gewerkschaftlichen Grundgedanken von*
- 13 *(antirassistischer) Solidarität, Frieden und Internationalismus.*
- 14 *Begründung erfolgt mündlich.*

Zu diesem Antrag des Landesvorstandes wollte ich eine Rede halten.

Doch dazu kam es nicht:

Als der Gewerkschaftstag begann, waren 80 Delegierte anwesend. Nach der Begrüßung wurde die Beratung des Antrages „GT 1/2014“ aufgerufen. Der Vorstand hätte ihn nun lt. Zeile 14 mündlich begründen müssen. Ich meldete mich vorsorglich zu Wort. Eine andere Delegierte meldete sich ebenfalls zu Wort, aber mit beiden Armen. Das hieß: Antrag zur Geschäftsordnung. Solche Anträge werden vorrangig behandelt. Sie bekam das Wort erteilt und beantragte eine Abstimmung über den Antrag „GT 1/2014“ ohne jede Aussprache darüber. Begründung: Mangels Zeit sollte die Debatte von der Tagesordnung genommen werden und in der dafür eingerichteten Kommission behandelt werden. Von einer solchen „Kommission“ hörte ich das erste Mal. Bestenfalls wurde also der Antrag vertagt und ausgelagert in einen kleineren Kreis.

---

<sup>1</sup> Gemeint ist eine Weltanschauung, die sich gegen „Zigani“/ „Zigeuner“ richtet. Politisch korrekt wäre – im Moment jedenfalls – „Anti-Sinti-Romasmus“ gewesen.

Ich verstand die Ausführungen der Kollegin akustisch und inhaltlich nur teilweise. Jedenfalls meldete ich mich zu Wort und sprach *dagegen*. Meine Begründung: Ich fände es erniedrigend für die BIW und mich, mir nicht das Wort zu gönnen.

Ich weiß nicht, ob das formal überhaupt in Ordnung war, dass über einen Antrag abgestimmt wurde, der nicht schriftlich vorlag. Ich bat am 07.02.2014 die GEW um Übersendung der Passage aus der entsprechenden Stelle im Protokoll. Das erfolgte bisher nicht.

Jedenfalls fand eine Abstimmung über diesen Antrag der Kollegin statt: 73 Delegierte von 80 sprachen sich dafür aus, über den Antrag „GT 1/2014“ ohne eine Aussprache abzustimmen; drei Delegierte enthielten sich der Stimme, außer mir stimmten noch zwei Delegierte gegen den Antrag.

Der Gewerkschaftstag ging bis 16 Uhr. Es hätte allemal Zeit genug für eine Aussprache zur Verfügung gestanden. Die Tagesordnung mal eben umzustoßen und die Aussprache abzuschmettern, zu vertagen oder in eine Kommission zu verlegen, war reine Willkür. Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetz lautet: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten“. Dieses Recht nahmen mir die Delegierten der GEW an diesem Tag. Der Gewerkschaftstag beschäftigte sich mit der Frage „Ist das eigentlich Inklusion?“. Schon der erste Tagesordnungspunkt geriet zu einem entschiedenen Nein zu dieser Frage, als man eine Aussprache über die angebliche Unvereinbarkeit der Mitgliedschaften in BIW und AfD mit der Mitgliedschaft in der GEW verhinderte.<sup>2</sup>

Von Inklusion innerhalb der GEW keine Spur.

Ich hatte eine Handvoll ausgedruckter Reden in der Tasche mitgebracht, um sie daran interessierten Kolleginnen und Kollegen mitzugeben. Das war zwar nicht die letzte Fassung, sondern nur eine der vorläufigen Versionen, die ich schon ausgedruckt hatte und in Teilen dann noch veränderte – bis kurz vor Beginn des Gewerkschaftstages. Aber der Geist war schon derselbe.

Es gab tatsächlich eine Handvoll Delegierte, die davon ein Exemplar haben wollten. Das taten sie nur sehr zögerlich und schauten dabei verschämt zur Seite in der Hoffnung, von den anderen Delegierten würde sie keiner dabei beobachten. Was natürlich der Fall war. Man stelle sich das vor: wir leben in einer Demokratie und erwachsene Menschen, die sich um ihren Arbeitsplatz keine Sorgen zu machen brauchen, möchten in einer Gewerkschaftsversammlung nicht dumm auffallen und vermeiden denn Kontakt zu einem Kollegen, den sie z.T. seit 40 Jahren kennen. Das ist ein Alarmsignal. Wie leben offenbar in schwierigen Zeiten für die Meinungsfreiheit, ohne dass wir uns das eingestehen.

Walter Fabian (1902-1992) schrieb 1979 einen Aufsatz unter dem Titel „Versagen wir zum zweiten Mal? Die Bildungsreform zum Beispiel“. Dort spricht er darüber, dass die Zeiten doch sehr von einem reaktionären Geist geprägt seien. Die Auswirkungen zeigten sich deutlich im Bereich der Universitäten:

---

<sup>2</sup> Mit der von der GEW ebenfalls genannten NPD habe ich nichts zu schaffen.

*Wen wundert's, dass es in vielen Seminaren fast schon wieder den „deutschen Blick“ gibt, jenes ängstlich Umberschauen, ob nicht einer für den Verfassungsschutz mitschreibt, und dass so mancher Doktorand den Lehrer, zu dem er noch Vertrauen hat fragt, ob er sich nicht vielleicht mit der in Aussicht genommenen Dissertation seine Zukunft ruinieren würde?*

Und, schreibt er weiter, er gestehe es freimütig, dass

*der Hochschullehrer sich manchmal verpflichtet fühlt, ihm wenigstens eine andere Formulierung seines Themas anzuraten...*

Er fragt weiter:

*Wie viele Studenten, auf Zeit angestellte wissenschaftliche Mitarbeiter, aber auch bis an ihr Lebensende gesicherte Hochschullehrer zögern, eine Solidaritätsadresse für einen bedrohten Kollegen oder einen Protestaufruf gegen einen als sinnwidrig erkannten Ukas der Ministerial- oder Hochschulbürokratie oder für eine fortschrittliche Forderung zu unterschreiben?*

Und er schließt mit der Feststellung:

*Ja, man muss sich fast wundern, dass sich unter so viel Druck und Bedrohung doch noch Reste von Mut und Solidarität erhalten haben.<sup>3</sup>*

Das war 1979. Heute bedroht uns nicht der Verfassungsschutz. An seine Stelle sind selbsternannte Tugendwächter getreten. Sie sind in allen staatlichen Anstalten anzutreffen, in Parteien, Verbänden und in den Medien. Da regieren sie über das Volk und überwachen im Auftrag einer Political Correctness ihre Mitmenschen, korrigieren und denunzieren sie. Der Grund ist derselbe wie 1979 und wie zu allen Zeiten: Das sind autoritäre Charaktere am Werk. Es geht ihnen um die Macht. Die Folge: „Die „German Angst“ grassiert wieder, die Angst, als jemand ertappt zu werden, der sich politisch nicht korrekt verhält. Davon handelt das Gedicht „Ins Lesebuch für die Oberstufe“, das Hans-Magnus Enzensberger 1957 schrieb, sehr prophetisch. Es beginnt so:

*lies keine oden, mein sohn, lies die fahrpläne:  
sie sind genauer, roll die Seekarten auf,  
eh es zu spät ist. sei wachsam, sing nicht.  
der tag kommt, wo sie wieder listen ans tor  
schlagen und malen den neinsagern auf die brust  
zinken,  
lern unerkannt gehn, lern mehr als ich:  
das viertel wechseln, den paß, das gesicht.  
versteh dich auf den kleinen verrat,  
die tägliche schmutzige rettung. nützlich  
sind die enzykliken zum feueranzünden,  
die manifeste: butter einzuwickeln und salz  
für die wehrlosen.*

---

<sup>3</sup> Walter Fabian: „Versagen wir zum zweiten Mal? Die Bildungsreform zum Beispiel“. In: Eggebrecht, Axel: (Hrsg): die zornigen alten Männer – Gedanken über Deutschland seit 1945. Hamburg 1979. S. 177-178.

Die letzte Fassung meiner Rede zur Verteidigung der Freiheit auf diesem Gewerkschaftstag war viereinhalb Seiten lang. Sie vorzutragen, hätte rund 12-15 Minuten gedauert, so man mich hätte reden lassen. Hier liegt nun die erweiterte und letzte Fassung meiner in doppeltem Sinn ungehaltenen Rede vor.

Es sollte eine Rede vor Delegierten sein. Für alle Außenstehenden fügte ich darum diejenigen Dokumente und Informationen ein, die auch sie kennen sollten, um die Rede zu verstehen.

## Die Rede

„Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir, die Delegierten des Gewerkschaftstages der Bremer GEW, werden gleich über den vom Vorstand eingereichten Antrag „Gegen Diskriminierung“ abstimmen.

Ich lehne diesen Antrag ab.

Ich finde ihn inhaltlich missglückt und sprachlich ohnehin eine Katastrophe.

Vor allem: In diesem Rahmen sollen wir mal so nebenbei beschließen, dass eine Mitgliedschaft in der Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW) im „inhaltlichen Konflikt“ und „als Widerspruch zu den gewerkschaftlichen Grundgedanken von (antirassistischer) Solidarität, Frieden und Internationalismus“ zu sehen sei und darum unvereinbar mit einer Mitgliedschaft in der GEW. So eine Art „Hallstein“-Doktrin.<sup>4</sup>

Habe ich das richtig gelesen? Ich kann das immer noch nicht glauben.

Ich will auf den ersten Teil des Antrages „Gegen Diskriminierung“, also auf die Zeilen 2-9, gar nicht erst eingehen. Es handelt sich da um eine krude Mischung von Selbstverständlichkeiten im Verhalten eines zivilisierten Menschen mit höllischen Phrasen aus der Küche der aktuellen Political Correctness. Das Rezept ist bekannt: Man erhebt den alleinigen wie verlogenen Anspruch darauf, Anwalt benachteiligter Randgruppen zu sein, diffamiert die Träger dieser Gesellschaft und macht sich zugleich, kulturell nicht selten selbst den Eliten zugehörig, auf ihre Kosten ein schönes Leben. Das Rezept ist alt. So negativ agierte auch meine katholische Kirche über ein Jahrtausend. Sie war damit deswegen erfolgreich, weil sie auf der anderen Seite für ein positives Lebensprinzip stand, die Nächstenliebe. Die Machthaber von heute berufen sich nicht mehr auf Gott, das ist out, sondern auf den Humanismus, die Aufklärung und das Soziale. Das tun sie allerdings immer weniger. Immer mehr fordern sie nur noch Gehorsam ein.

So auch die GEW Bremen.

---

<sup>4</sup> „Die Hallstein-Doktrin war eine außenpolitische Doktrin der Bundesrepublik Deutschland von 1955 bis 1969. Sie besagte, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik durch Drittstaaten als „unfreundlicher Akt“ der Bundesrepublik gegenüber betrachtet werden müsse.“ (Wikipedia).

Ab Zeile 10 fordert der Vorstand der GEW Bremen uns auf, in, wie es heißt, „rechtspopulistischen oder rechtsextremen Parteien wie BIW, NPD, AfD und weiteren“ Feindinnen der Menschheit zu sehen. Damit diskriminiert der Vorstand mich und die Wählervereinigung „Bürger in Wut“ (BIW), und nur dafür rede ich hier, stelle mich aber auch schützend vor die Partei AfD. Ich kenne hier wie da nur ehrenwerte Menschen als Mitglieder.

Ihr stellt, ohne mit der Wimper zu zucken, BIW und AfD mit der NPD in eine Reihe! Wie ist das möglich? Was an deren politischen Programmen, Positionen und Aktivitäten ist denn so hart zu kritisieren?! Wen aus BIW oder AfD kennt Ihr vom Vorstand denn? Ihr nennt weder Ross noch Reiter. Der Antrag diskriminiert die Mitglieder von BIW, AfD und eben auch mich mit dem Ziel, uns – und vor allem mich persönlich – zu exkludieren. Keiner sprach von der Möglichkeit einer Wiedereingliederung, einer Re-Inklusion. Über Inklusion in Schule und Gesellschaft zu schwadronieren, das macht offenbar viel mehr Spaß.

Ich möchte auf nur noch eine Auffälligkeit hinweisen: In diesem Antrag „Gegen Diskriminierung“ spüre ich nichts von „Liebe“ und „Frieden“, keinen „Wärmestrom“, wie Ernst Bloch sagen würde. Der Antrag strotzt von Feindbildern und „Antis“. „Hate speech“ heißt das heute. Er reiht blutleere Begriffe aneinander. Ich empfinde ihn nur als eine Waffe, als die abstrakte Keule, mit der man auf politische Gegner wie mich konkret einschlägt. Schon der Titel ist ein „Gegen“. Keiner der Begriffe ist klar und taugt gar zur Verständigung über die Probleme dieser Welt oder auch nur über die Probleme Bremens. Nicht einmal der Begriff der „Inklusion“ ist klar, wie sich sehr schnell im Verlaufe der Tagung zeigte. Alles nur Schlagworte im wörtlichen Sinn.

Wo sind die Ideale geblieben? Von Vorbildern, die wir unseren Kindern und Jugendlichen anbieten, ist schon gar nicht mehr die Rede. Ich sehe nicht einmal die Einhaltung der auf Versammlungen bis dato üblichen Konventionen.

Ihr seht: Ich nehme diesen Antrag des Vorstandes der Bremer GEW „Gegen Diskriminierung“ ganz persönlich und begreife ihn als einen weiteren Akt der Nichtakzeptanz meiner Entscheidung im Oktober 2013, BIW beizutreten. Mit diesem Beschluss hat man die Grundlage, auf der man jetzt nicht nur mich ohne viel Federlesens aus der GEW ausschließen kann, sondern jede Kollegin und jeden Kollegen, die/der es noch wagt, gegen die quasi partei-politischen Programme der GEW aufzumucken.

Ich war von 2007-2013 Bezirksvorsitzender der katholischen Arbeitnehmerbewegung in Bremen. Einer meiner Vorvorgänger war Georg Urban (1925-2005), 1997-1991 MdBB.

Urban hatte erhebliche Schwierigkeiten im Umgang mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). In seinem Buch über die KAB in Bremen schreibt Urban dazu:

*Natürlich wusste auch die Bremer KAB, dass im Bereich der politischen und der weltanschaulichen Ausrichtung einer Gewerkschaft die Grenzen fließend sein können und dass Entscheidungen*

*durch Mehrheitsbeschlüsse zustandekommen. Dennoch nahm der DGB in den eigenen Reihen immer weniger Rücksicht auf die christlich soziale Minderheit. Immer wieder wurde der DGB von der KAB zur weltanschaulichen Neutralität aufgefordert, weil es bei den Streitpunkten, wie zum Beispiel in der Schulfrage oder beim Paragraphen 218 auch um gewerkschaftsferne Themen ging.<sup>5</sup>*

Ob ein Thema „gewerkschaftsfern“ ist, ist eine Frage der Weltanschauung. Eindeutig klar ist jedoch, dass die GEW seit Ende der 1970er sich nicht in die Schulpolitik einmischt, sondern sie sich als Sendbote einer neuen Organisation von Schule auf-führt. Die Aufgabe, sich um das Wohlbefinden der in Schule arbeitenden Men-schen zu kümmern, vernachlässigt sie im selben Maße. Schulpolitik zu betreiben ist ja auch viel spannender.

Am 6./7.11.2013 hatte schon ein Gewerkschaftstag der GEW stattgefunden. Ich war damals nicht dabei gewesen. Im Protokoll, das ich im Dezember auf meine Nachfrage hin erhielt, hieß es über mich und die Wählervereinigung „Bürger in Wut“ (BIW):

*Begrüßung von Ansgar Klinger vom HV (Hauptvorstand). Und der Hinweis in Richtung Mar-tin Korols und der BiW: „deutschtümelnder Populismus hat in der GEW nichts zu suchen. Der Antrag auf den Ausschluss „eines Kollegen“ liegt vor.*

Diesen Antrag habe ich nie zu Gesicht bekommen. Sei's drum. Damals ging man gezielt gegen mich vor. Nun schafft man sich die Plattform dafür, in der man einen Grundsatzbeschluss fasst, unter den ich dann wegen meiner Mitgliedschaft zu BIW automatisch falle. Das fällt leichter, als mich persönlich anzugreifen und sich in ei-nen Dialog mit mir oder mit BIW zu verheddern.

Aus meiner Sicht wird im gesamten Antrag und eben auch in den Zeilen 10-13, wo es gänzlich undifferenziert um BIW, NPD, AfD „und weitere“ geht, unter dem Strich nichts als Einhaltung einer obskuren pseudolinken Einheitsfront zum Zwe-cke der Unterwerfung gefordert. Nichts Anderes, jedenfalls nichts Humanes.

Ich wette, der Antrag des Vorstandes wird mit wenigen Gegenstimmen angenom-men. Das ist so üblich in der Politik – und mittlerweile auch in der GEW. Ich könnte das als einen Anfall von Irrsinn abtun und die GEW verlassen – traurig, schweigend oder wütend, wie man so sagt, unter Absingen schmutziger Lieder. Abends weine ich eine Träne ins Bierglas.

Ich weiß, so verabschieden sich die meisten Menschen, die mit der Politik der GEW (oder sonst eines Verbandes, einer Partei oder eines Vereins) nicht mehr einverstan-den sind. Das liegt mir nicht. Ich will es Euch nicht so einfach machen. Um mich aber kurz zu fassen, nehme ich exemplarisch nur zu den Angriffen auf die BIW Stel-lung.

Ich verweise auf die Vorgeschichte dieser Auseinandersetzung:

Weil ich auf jenem Gewerkschaftstag der GEW am 10./11.11.2013 nicht anwesend gewesen war, entnahm ich erst der „Bremer Lehrerzeitung“ (BLZ) Nr. 11/12-2013,

---

<sup>5</sup> Georg Urban: die Katholische Arbeitnehmerbewegung in Bremen 1945-2000. Bremen. o.J. Seite 158-159.

dass ich da Thema gewesen sei. Mein Beitritt zu BIW sei dort „lange diskutiert“ worden. Die BLZ schreibt: „Der Gewerkschaftstag äußerte seine Empörung darüber“. Ich solle mich zwischen der Mitgliedschaft in der GEW und der Mitgliedschaft jener, wie es hieß, „rechtspopulistischen Vereinigung“ entscheiden.

Das tat ich nicht und wartete ab.

Am 26.11.2013 schrieb mir Andreas Staets, der Landesgeschäftsführer der GEW Bremen, folgenden Brief:

*Betreff: Mitgliedschaft*

*Lieber Kollege Dr. Martin Korol,*

*der Bremische Gewerkschaftstag des GEW-Landesverbandes hat sich auf seiner Sitzung am 7. November mit Deinem öffentlichkeitswirksamen Übertritt zu den Bürgern in Wut samt Bildung einer entsprechenden Parlamentarischen Gruppe in der Bremischen Bürgerschaft beschäftigt.*

*Die Bürger in Wut sind nach unserer Auffassung eine rechtspopulistische Gruppierung, die gegen satzungsmäßige Ziele der GEW arbeitet und in vielen Bereichen grundlegend andere Ziele verfolgt als die GEW. Zu ihrem Programm hast Du Dich öffentlich bekannt.*

*Durch Deine Mitgliedschaft in der Bremischen Bürgerschaft bist Du eine öffentliche Person. Deine GEW-Mitgliedschaft wird auf Deiner Homepage erwähnt und spielte in der Auseinandersetzung um Deinen SPD-Parteiausschluss z.B. in Leserbriefen in der Öffentlichkeit eine Rolle. Du bist zudem nicht nur einfaches GEW-Mitglied, da Du bei der Urwahl des Bremischen Gewerkschaftstages im Mai/Juni diesen Jahres für die Gruppe der Senioren kandidiert hast und als Nachrücker gewählt wurdest.*

*Der Bremische Gewerkschaftstag hat am 7. November einmütig folgendes beschlossen:*

*„Die Bremer GEW setzt sich aktiv gegen Diskriminierung, Rassismus, Antiziganismus und Sexismus, auch in den eigenen Reihen, ein. [...] Die GEW nimmt empört zur Kenntnis, dass der Kollege Korol sich der parlamentarischen Gruppe „BIW“ angeschlossen hat, und fordert ihn auf, sich politisch zwischen der GEW und „BIW“ zu entscheiden.“*

*Wir bitten Dich im Auftrag des Bremischen Gewerkschaftstages, unseres höchsten Gremiums auf Landesverbandsebene, entweder die GEW oder die BIW zu verlassen. Selbstverständlich stehen wir für Gespräche bereit. Ich möchte Dich um eine Rückmeldung bis zum 12. Dezember bitten. Wenn Du Dich nicht entscheidest, werden wir andere Maßnahmen bis hin zum Gewerkschaftsausschluss prüfen.*

*Mit freundlichen Grüßen für den Vorstand*

Ich rief bei der GEW an und wir vereinbarten ein Gespräch. Das fand am 22.12.2013 statt. Zwei Vertreter des Vorstandes bedrängten mich, ich möge doch „freiwillig“ entweder aus der Wählervereinigung „Bürger in Wut“ oder aus der GEW austreten, denn eine Mitgliedschaft dort sei mit derjenigen in der GEW unvereinbar. Warum das der Fall ist, verriet das Landesführungsgremium mir auch auf Nachfrage nicht („Das steht jetzt nicht zur Debatte.“).

Das konnte und wollte ich nicht einsehen. Für einen solchen Schritt hatte ich deutlich zu viele Fragen. Ich nenne hier einige davon:

1. Kolleginnen und Kollegen der GEW sind also über mein Verhalten „empört“. Ich frage: Worüber denn? Haben wir jetzt außer der Schulaufsicht

auch eine für die Moral? Aus welcher ethischen Quelle schöpfen diese selbsternannten Moralapostel ihre angemäÙte Deutungshoheit denn? Aus der Bibel? Aus dem Koran? Auf der Grundlage des GG? Humanistisch? Nach Gefühl und opportunistischem Wellenschlag? Davon stand nichts in der BLZ.

2. Hat die Staatsanwaltschaft BIW oder mich im Visier? Werde ich, wird die Wählervereinigung BIW vom Verfassungsschutz überwacht? Keineswegs.<sup>6</sup>
3. In ihrer „Empörung“ greift die GEW, der ich seit 1969 angehöre, zum ÄuÙersten und betreibt meinen Ausschluss.
4. Kolleginnen und Kollegen verabschiedeten dafür auf dem Gewerkschaftstag im November sogar einen „Dringlichkeitsantrag“. Was war denn so dringlich? Wer war in Gefahr? Nachvollziehbare Antworten darauf sind auch hier Mangelware.

In der Einladung zum Gewerkschaftstag am 04.02.2014 heißt es unter „Anträge“:

*Anträge, die nach Ende der Antragsfrist am 24.1.2014 eingehen, können wir dem Gewerkschaftstag – und wenn sie die Voraussetzungen erfüllen – nur noch als Dringlichkeitsanträge vorlegen.*

Meine Frage: Erfüllte der Dringlichkeitsantrag auf meinen Ausschluss aus der GEW diese Voraussetzungen? Welche waren das?

5. Warum haben die betreffenden Kolleginnen und Kollegen nicht vorher mit mir gesprochen und erst dann über mich öffentlich?
6. Warum hat der Vorstand diesen Dringlichkeitsantrag nicht wegen „unkollektionalen Vorgehens“ und als „nicht dringlich“ zurückgewiesen oder einfach nur vertagt?
7. Ich war zum Zeitpunkt des Gewerkschaftstages am 10./11. November 2013 in Bremen. Warum hat mich der Vorstand, als die Tagesordnung und also auch der Tagesordnungspunkt „Korol“ beschlossen wurden, nicht angerufen und gebeten, doch mal eben vorbeizukommen, um Fragen zu beantworten oder Position zu beziehen? Dafür ist ein Vorstand gewählt, dass er mehr Verantwortung übernimmt als die Mitglieder – und zu deren Wohl. Von dieser Verantwortung für mich sehe ich hier jedoch nichts.

Insgesamt ist das ja eine tolle Streitkultur, die die GEW in Sachen „Korol“ pflegt und vorgeführt hat! Jeder Grundschüler wird mittlerweile in eine ganz andere Richtung erzogen. Das hoffe ich jedenfalls.

8. Ich habe meinen Schülern im Gemeinschaftskundeunterricht immer wieder erzählt, der Absolutismus ende mit der Einführung der Gewaltenteilung: Legislative, Exekutive, Judikative. Verhält sich die Bremer GEW so „absolutistisch“ wie Sonnenkönig Ludwig XIV. – oder „nur“ selbstherrlich?
9. Nächste Frage: Was, bitteschön, ist denn eine „rechtspopulistische Vereinigung“ Was an BIW ist „rechtsextrem“? Wer definiert derartige Begriffe bzw.

---

<sup>6</sup> Anders als BIW wird die Partei Die Linke von diversen Landesämtern des Verfassungsschutzes beobachtet!



die Maßstäbe für ihre Anwendung und mit welchem Recht und woran macht man das denn fest? Beide Begriffe „rechtspopulistisch“ und „rechtsextrem“ sind undefiniert und abstrus. Wozu dienen sie hier, außer als Schimpfwort und zur Denunziation?! Ich rede ja auch nicht von der Partei Die Linke oder von der GEW Bremen als „linkspopulistisch“ bzw. „linksextrem“. Ich beschimpfe nicht einmal die Leute, die an meine Hauswand „Korol Du Rassistentenschwein!“ sprayten oder diejenigen, die sich von solchen Untaten nicht distanzieren, als „Linksfaschisten“. Das bringt nichts. Ich würde mir nie anmaßen, mich als „antifaschistisch“ zu bezeichnen. Wo hätte ich je auch nur eine Spur des Mutes bewiesen, der dafür 1933-45 notwendig war?!

10. Weiter im Text: Entnehme ich diesen Beschimpfungen für BIW und AfD, dass die GEW sich für ein „linkes“ Unternehmen hält: sozial, solidarisch, mutig bottom up statt feige top down, kosmopolitisch und zukunftsorientiert? Ist sie das? Pustekuchen! Wer so mit einem Kollegen – wie mir – umgeht und solche Phrasen wie im vorliegenden Antrag drischt, ist aus meiner Sicht schlicht unkollegial und autoritär. Mag er sich auch noch so sehr für „links“ halten oder es sein, was er übrigens meistens nicht ist.

Ich weiß natürlich, dass es auch in den Reihen der GEW Kolleginnen und Kollegen gibt, die den durch und durch autoritären „demokratischen Zentralismus“, wie er in der DDR herrschte, für so progressiv wie volksherrschaftlich orientiert hielten und wohl immer noch halten. Ich war und bin ein Gegner aller Totalitarismen wie alle in BIW, die ich kenne. Für mich war der sog. „Antifaschismus“ der DDR ein Konstrukt, eine „Sage vom guten Anfang“, wie Manfred Riedel das nannte, „von vornherein eine Illusion und als propagiertes humanistisches Ideal fragwürdig“.<sup>7</sup> In der Tradition einer DDR, 1949 „auferstanden aus Ruinen“, 1989 ruiniert, treiben unbelehrbare Staatssozialisten, nachdem sie in der GEW die Macht ergriffen haben, unsere Bildung endgültig in den Ruin. Sind das die treibenden Kräfte für meinen Ausschluss aus der GEW und den Angriff auf BIW?

11. Für mich ist wichtig: Der Artikel 5 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG) garantiert jeder Bürgerin und jedem Bürger das Recht auf freie Meinungsäußerung, sofern bestimmte Grenzen nicht überschritten werden. Maßt sich nun die GEW Bremen an, diese Grenzen zu bestimmen?!
12. Entsprechend dem Parteienprivileg kann eine Partei in ihren Statuten festlegen, dass man nicht gleichzeitig in einer anderen Partei Mitglied sein darf. Wer aber erlaubt dies einer Gewerkschaft? Maßt sich nun die GEW Bremen an, eine Partei zu sein?!
13. Ihr könnt beschließen, was Ihr wollt, auch die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaften in GEW und BIW beschließen und mich dann auf dieser Grundlage aus der GEW ausschließen. Ihr habt die Macht dazu. Die Wahrscheinlichkeit, dass ich gegen diesen Beschluss einen Rechtsstreit führen werde, der über Jahre dauern würde, tendiert gegen Null.

---

<sup>7</sup> Vgl.: Glaser, Hermann: Deutsche Kultur. Ein historischer Überblick von 1945 bis zur Gegenwart. Bonn 1997. S.112.

14. Bremen ist ein Dorf. Da trifft man sich bekanntlich immer zweimal. Am 05.11.2013 traf ich zufällig Christian Gloede. Er ist Landesvorstandssprecher der Bremer GEW. Wir kennen uns aus vier Jahren gemeinsamer Arbeit im Beirat Findorff und sprachen nun auch über diese Angelegenheit, um die es gerade geht. Im Nachgang zu jenem Gespräch schickte ich ihm folgende Mail. Sie ist ein politisches Dokument, das meine Position verdeutlichen soll:

*Ich bin antiautoritär bis in die Knochen. Das ist meine Art. Ich brauche gar nichts zu sagen, das riechen diejenigen, die der Zufall nach oben spülte, und das gefällt nur wenigen von ihnen.*

*„Lieber Herr Korol, ich lasse mir von niemanden auch nur das Schwarze unter dem Fingernagel wegnehmen, auch nicht von Ihnen!“, so ein ziemlich einflussreicher Schulleiter zu mir 1983.*

*Ein Rauswurf aus der GEW fehlt mir noch in meiner Sammlung.*

*Allein, ich fände es furchtbar schade, wenn die GEW diesen Irrsinn weiterführen würde, aber ich würde es verstehen. Nietzsche: „Der Irrsinn ist bei einzelnen etwas Seltenes, aber bei Gruppen, Parteien, Völkern die Regel.“ (Jenseits von Gut und Böse, Aph. 156).*

*In der Not gehen 100 Freunde auf ein Lot. Wenn ich alte Bekannte treffe, sehe ich förmlich, wie ihr Gehirn auf Hochtouren läuft und sie sich fragen: Darf ich Martin, den ich seit Jahren kenne, in aller Öffentlichkeit grüßen? Mache ich mich damit nicht zu seinem Komplizen? Mache ich mich damit nicht auch verdächtig? Tja, ein tägliches Erlebnis. Kaum einer hat, wie man so schön sagt, noch einen Arsch in der Hose. „Angst essen Seele auf“. Ich bin ja gespannt, wie viel Freunde ich noch in der GEW habe.*

Auf diese Mail erhielt ich bis heute keine Antwort. Das hatte ich allerdings – selbstverständlich – erwartet. Nun ja.

15. Wie reagierten meine Kolleginnen und Kollegen in der GEW auf das Gerücht, die Inhalte der Texte auf meiner Homepage seien rassistisch und frauenfeindlich gewesen? Fragte mich je eine/einer von Euch, ob sie/er meine Texte einmal haben könnte, um diese Vorwürfe zu überprüfen? „Kritisches Lesen“ hieß das vor einer Generation.

Ja, drei oder vier taten das. Sie fühlten sich offenbar der Aufklärung verpflichtet. Die anderen verhielten sich wie die Schafe, zu denen sie der Antrag „Gegen Diskriminierung“ endgültig machen möchte. Wenn eines dieser Schafe tatsächlich mal ausbricht, kommt der Hirte samt Hund und fängt es wieder ein.

16. Im Oktober 2013 trat ich der Wählervereinigung BIW bei und sitze seitdem in der bremischen Bürgerschaft neben Jan Timke. Er sitzt seit Jahren als Abgeordneter von BIW. Ich fühle mich da sehr wohl. Einige Tage später schrieb mir das Jugendzentrum Findorff, das sog. Freizi“, meine Männerfreunde 60+ und ich dürften ab sofort nicht mehr dort donnerstags Vormittags Billard spielen. Begründung: Die Räume würden für Jugendliche gebraucht. – Natürlich gab es diese Jugendlichen ebenso wenig, wie es auf dem Gewerkschaftstag der GEW am 04.02.2014 Zeitnot war, die eine Aussprache über den Antrag „GT 1/2014“ verhinderte.

Das ist auf den ersten Blick eine Kleinigkeit, nicht weiter der Rede wert. Unsere Billardgruppe hat auch schon längst ein anderes Domizil gefunden. Aber, bei Licht

besehen, ist das nicht in Ordnung. Wir kämpfen in Bremen für den Erhalt der Begegnungsstätten und Jugendfreizeitheime. Wir möchten, dass sie generationsübergreifend genutzt werden. Das „Freizi Findorff“ bekommt jährlich 140.000 € an staatlicher Unterstützung und meine harmlose Billardgruppe bekommt da Hausverbot. Allein wegen unserer Spenden „für Jugendliche in Not“ waren wir für das Haus ein Gewinn. Ich bat den Vorsitzenden des Ortsvereins der SPD „Findorff“ um Hilfe, Dieter Reinken, dann einige Mitglieder des Beirates Findorff und auch die Ortsamtsleiterin. Nichts rührte sich. Wieso sagt keiner etwas dazu? Weil die Machthaber in Bremen sich kennen und decken, diese Herrschaften, diese „Ärschaften“, wie die unvergessene Delphine Brox in ihrem französischen Akzent zu sagen pflegte, 1979-1983 Abgeordnete der Bremer Grünen Liste in der Bremischen Bürgerschaft.

17. Bisher jedenfalls habe ich meinen Kampf gegen all diese autoritären Organisationen einigermaßen unbeschadet überstanden. Nun wehre ich mich gegen einen Antrag eines GEW-Vorstandes, der offenbar mit der GEW, die ich in Erinnerung habe, nur wenig gemein hat: Autoritär statt links, offen, lebensfroh und weltzugewandt. Bestimmt der Geist eines Antrages wie dieser „Gegen Diskriminierung“ die GEW mehrheitlich, komme ich mir – entsprechend den gewandelten Verhältnissen – ein wenig so vor wie Georg Büchners Figur des George Danton unter Jakobinern in seinem Kampf gegen die Terrorherrschaft in Frankreich 1794.

Nehmen wir ein anderes Beispiel aus der Geschichte. Mein großes Vorbild ist Sokrates. Damit kein Missverständnis aufkommt: Nein, nicht der Werderaner Sokratis, der am 28.03.2013 mit Marko Arnautovic aneinander geriet und dann nach Dortmund verkauft wurde. Ja, ich rede von Sokrates, dem Philosophen, den 399 v.Chr. die Volksversammlung von Athen zum Tode verurteilte, wegen „Leugnung der Götter“ und „Verführung der Jugend“. So lautete damals der übliche Vorwurf, um jemanden aus dem Verkehr zu ziehen.

In früheren Zeiten und in Zeiten der Diktatur wäre ich der Störenfried gewesen. Auch mich hätte man aus dem Verkehr gezogen, notfalls sogar vernichtet. Heute werde ich nur, wie es neudeutsch heißt, weggemobbt, formal abgesegnet durch offizielle Beschlüsse.

Historisch betrachtet, ist das ein Fortschritt. Der Zeitgeist der letzten Jahrzehnte in Deutschland war spätestens nach dem Fall der Berufsverbote überwiegend von Liberalität und Toleranz getragen. Den Antrag „Gegen Diskriminierung“ deute ich als einen Rückfall in vordemokratische Sitten und Gebräuche, die mit dem Untergang der DDR vor fast 25 Jahren vorbei zu sein schienen.

Dagegen wende ich mich entschieden.

Ich schließe meine Apologie mit dem Satzesatz des Gedichtes „Ins Lesebuch für die Oberstufe“ von Hans Magnus Enzensberger, geschrieben 1957:

*wut und geduld sind nötig,  
in die lungen der macht zu blasen  
den feinen tödlichen staub, gemahlen  
von denen, die viel gelernt haben,  
die genau sind, von dir.*

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zum guten Schluss stelle ich drei Anträge:

1. In der jetzigen Form lehne ich den Antrag ab.
2. Ich beantrage namentliche Abstimmung bei den folgenden Teilanträgen.
3. A) Ich beantrage, den vorliegenden Antrag „Gegen Diskriminierung“ nicht zu behandeln.
4. B) Falls er doch behandelt wird, beantrage ich, aus dem Antrag die Zeilen 10-13 zu streichen.

Dankeschön für Eure Aufmerksamkeit!“

## Nachwort

So ungefähr hätte ich geredet, wenn man mich gelassen hätte. Hier und da hätte ich etwas anders formuliert, je nach Eingebung und je nach dem, wie der Vorstand seinen Antrag begründet hätte. Aber dazu kam es ja nicht.

Wie geht es nun weiter?

Die GEW wird genau prüfen, ob der auf diesem Bezirkstag gefasste Beschluss einer Unvereinbarkeit von Mitgliedschaft in GEW und BIW dazu taugt, mich aus der GEW auszuschließen.

Sie werden es weiterhin mit aller Gewalt versuchen.



Die Zahl derjenigen Kolleginnen und Kollegen, die mich auf dem Gewerkschaftstag am 04.02.2014 begrüßten, war denkbar gering – nicht mehr als eine Handvoll.

Man hatte Angst, sich mit mir zu zeigen. Gottlob bin ich nicht allein. Ich bin Mitglied in BIW und bekomme von dort alle erdenkliche Hilfe. Zudem habe ich Mitstreiterinnen und Mitstreiter in der Gruppe „Artikel 5 Grundgesetz“, der ich angehöre. Das ist eine überparteiliche Gruppe, die sich um die Meinungsfreiheit in Deutschland Sorgen macht und gegen die Diktatur der Political Correctness kämpft, wie sie auf diesem Gewerkschaftstag sichtbar wurde.

Zwei Mitglieder dieser Gruppe „Art. 5 GG“ standen an jenem Morgen des 04.02.2013, als der Gewerkschaftstag der GEW zum Thema „Inklusion“ und eben auch über den Antrag „GT 1/2014“ verhandeln wollte, vor dem DGB-Haus: Heike und Oliver. Sie verteilten Flyer der Gruppe „Art. 5 GG“ zum Thema „Bildungspolitik in Bremen“. Der Tenor: Die bremische Bildungspolitik ist gescheitert. Nach guter liberaler bremischer Tradition nahmen die Delegierten und Mitarbeiter des DGB-Hauses die Flyer dankend entgegen. Nach ebenso guter Tradition gestattete der Vorstand der GEW Heike und Oliver, als Gäste an dem Gewerkschaftstag teilzunehmen.

Das hat mich sehr gefreut.

Dass der Vorstand der GEW mir den Flyer der Gruppe „Art. 5 GG“ zum Thema „Bildungspolitik in Bremen“ einige Monate später um die Ohren hauen würde, als weiteren Beweis dafür, dass ich aus der GEW ausgeschlossen werden müsste, ahnte ich damals noch nicht.

Ich war naiv. Ich hatte gedacht, man werde sich besinnen. War aber nicht. Es wurde eine „unerbittliche Jagd“ der GEW auf mich. So titelte Axel Schuller einen Artikel in dieser Angelegenheit im „Weser-Report“ am 28.09.2014.

Treffend.